



Karstadt mit Staatsbeteiligung vor Metro retten

Pressemitteilung von Herbert Schui, 04. Juni 2009

„Nur eine Staatsbeteiligung an Arcandor kann einen Kahlschlag bei Karstadt verhindern. Dagegen hätte auch die EU-Kommission keine Mittel“, erklärt Herbert Schui. Der wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE weiter:

„Ein Überbrückungskredit ist inzwischen bitter notwendig. Wenn die SPD jedoch nicht mehr zu bieten hat, als die Pläne für eine Warenhausfusion, wird sie damit nur den anschließenden Jobabbau durch Metro finanzieren.

Karstadt kann nur durch eine öffentliche Kapitalerhöhung zum Börsenkurs gerettet werden. Dagegen kann die EU-Kommission nichts einwenden. Zusätzlich sind die Gläubigerbanken BayernLB und Commerzbank in der Pflicht und müssen ihre Kreditlinien anpassen.

Eine öffentliche Beteiligung ist keine Beihilfe. Es geht nicht darum, die superreichen Anteilseigner von Arcandor noch reicher zu machen. Im Gegenteil: Sie müssen sich an der Sanierung beteiligen. Wenn sie

nicht bereit sind, Eigenkapital zuzuschließen, ist steuerpolitische Kreativität gefragt. Die Regierung Obama hat es vorgemacht und durch eine gezielte Steuermaßlose Managerboni zurückgeholt.“